
Teilnahmebedingungen

Teilnahmefrist: 27.11.2026, 10:00 Uhr.

Leistung:	Fachplanung der Tragwerksplanung für den Neubau des Zentrums für Kinder- und Jugendmedizin gemäß § 51 HOAI, Leistungsphasen 3-6
Verfahrensart:	Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb, §§ 17, 74 VgV
Vergabenummer:	2026-KKMHB-TWPL-Kinderklinik
Bindefrist:	01.02.2027

A. Auftraggeberin

Knappschaft Kliniken Bottrop GmbH
Osterfelder Straße 157
46242 Bottrop

Kontaktstelle

Aurantia Rechtsanwaltsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft über die Vergabeplattform
<https://www.dtyp.de>

B. Leistungsgegenstand

Die Knappschaft Kliniken Bottrop GmbH, Osterfelder Str. 157, 46242 Bottrop beabsichtigt an ihrem Standort Marienhospital Bottrop, Josef-Albers-Str. 70, 46236 Bottrop den Neubau und Umbau im angrenzenden Bestand des Marienhospitals zu einem Zentrum für Kinder- und Jugendmedizin.

Die zur Durchführung dieser Baumaßnahmen erforderlichen Tragwerksplanungen, Leistungsphasen 3-6, § 51 HOAI (Entwurfsplanung, Genehmigungsplanung, Ausführungsplanung, Vorbereitung der Vergabe).

Die Leistungsphasen 1 und 2, § 51 HOAI wurden bereits erarbeitet und sind nicht Gegenstand der Beauftragung. Sämtliche Planungsunterlagen der LP 1 und 2, § 51 HOAI sind den Vergabeunterlagen zur Kenntnis aller Bewerber beigelegt. Auf die den Vergabeunterlagen beigelegten Ausarbeitungen wird hingewiesen.

Die Beauftragung der benötigten Planungsleistungen erfolgt gemäß HOAI.

C. Planungsvorhaben

Gegenstand der Maßnahme ist der Neubau und Umbau zu einem Zentrum für Kinder- und Jugendmedizin am Marienhospital Bottrop. Ziel ist die räumliche und funktionale Bündelung der pädiatrischen, neonatologischen und geburtshilflichen Versorgung sowie der zugehörigen ambulanten und stationären Bereiche.

Der Neubau umfasst die Kinder-Notfallambulanz mit Schockraum und Eingriffsräumen, die Kinder Tagesklinik, die interdisziplinären Untersuchungs- und Behandlungsbereiche mit Nephrologie, Neuropädiatrie, Gastroenterologie und Urologie, die Kinderintensiv- und IMC-Versorgung, die Wöchnerinnenstation, die allgemeinpädiatrische Bettenstation einschließlich Isolationsbereiche sowie den Kreißsaal. Die geburtshilflichen Bereiche mit Kreißsaal und Wöchnerinnenstation sowie die neonatologische bzw. pädiatrische Intensivversorgung sind räumlich und funktional eng miteinander verbunden.

Das dreigeschossige Gebäude soll rund 50 Patientenzimmer mit insgesamt 79 Betten umfassen. Das Zentrum soll auf den Erfahrungen der Kliniken für Gynäkologie und Geburtshilfe sowie der Kinderklinik aufbauen.

Eine ausführliche Projektbeschreibung ist als Bestandteil der Vergabeunterlagen (Datei Vorstatik_LP2 inkl. Erläuterungsbericht Marienhospital BOT_20260630) beigelegt.

Grundflächen und Rauminhalte der geplanten Maßnahme nach DIN 277:

Brutto-Grundfläche (BGF):	8.193,09 (m ²)
Konstruktionsfläche (KGF):	723,40 (m ²)
Netto-Raumfläche (NRF):	7.469,69 (m ²)
Nutzungsfläche (NUF):	5.087,07 (m ²)
Technikfläche (TF):	258,03 (m ²)
Verkehrsfläche (VF):	2.124,59 (m ²)
Brutto-Rauminhalt (BRI):	29.818,02 (m ³)

Nutzungseinheiten (NE): 79 Betten

Die Vergabe der Bauleistungen wird in Einzelvergaben öffentlich ausgeschrieben.

Kostenrahmen des Bauvorhabens – Kosten nach DIN 276:

300 Bauwerk-Baukonstruktionen: rd. 12.778.000 EUR netto

400 Bauwerk-Technische Anlagen: rd. 9.900.000 EUR netto

Besondere Bedingungen:

Bereits bei der Planung ist zu berücksichtigen, dass während der Ausführung der Bauleistungen der Betrieb des Krankenhauses nicht beeinträchtigt wird.

Beginn der Planungsleistungen ist unmittelbar nach Auftragserteilung (voraussichtlich 02.02.2027)

Der Baubeginn ist entsprechend dem möglichen Planungsfortschritt gemäß den beauftragten Leistungsphasen für den 30.06.2027 vorgesehen. Der Abschluss der Tragwerksplanung ist für den 31.01.2028 vorgesehen, die Abnahme der Bauleistungen für den 31.05.2029.

Die örtliche Präsenz in Bottrop ist in engen Intervallen gemäß Planungserfordernissen sicherzustellen.

Die personelle Kontinuität bezüglich der Präsenz vor Ort ist möglichst sicherzustellen. Projekt- und Planbesprechungen finden in Bottrop statt.

Der Auftraggeber führt das Vergabeverfahren nach den Vorgaben der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeverordnung VgV). Der Auftraggeber beachtet das Tariftreue- und Vergabegesetz NRW.

Der Auftraggeber schreibt die Leistung europaweit im Rahmen eines Verhandlungsverfahrens aus.

Das nach §§ 17, 74 VgV geführte Verfahren besteht aus einem Teilnahmewettbewerb und der sich daran anschließenden Auswahl von 3 Bewerbern/Bewerbergemeinschaften, die zur Abgabe eines Erstangebotes und Erstellung eines objektbezogenen Konzeptes zur Umsetzung des Planungsvorhabens aufgefordert werden. Sofern mehr als 3 wertungsfähige Teilnahmeanträge von geeigneten Bewerbern / Bewerbergemeinschaften vorliegen, wird der Auftraggeber eine differenzierende Eignungsprüfung gemäß der beigefügten Wertungsmatrix vornehmen und die 3 Bewerber / Bewerbergemeinschaften zur Angebotsabgabe auffordern, die die höchste Punktzahl erreicht haben. Im Falle von Punktgleichheit entscheidet das Los.

Die aufgeforderten Bieter geben auf der Grundlage der Vergabeunterlagen ein verbindliches Erstangebot ab. Nach Auswertung der Erstangebote erhalten die Bieter die Möglichkeit, in einem Verhandlungstermin ihr Angebot zu präsentieren und über die Vergabeunterlagen zu verhandeln. Anschließend werden alle Bieter aufgefordert, ein überarbeitetes, finales Angebot zu unterbreiten. Auf das wirtschaftlichste Angebot wird der Zuschlag erteilt.

Der Auftraggeber behält sich gemäß § 17 Absatz 11 VgV vor, den Zuschlag nach Maßgabe der Zuschlagskriterien auf Grundlage der verbindlichen Erstangebote zu vergeben, ohne in Verhandlungen einzutreten.

Anderenfalls werden die beteiligten Bieter zu Verhandlungen und anschließender Einreichung überarbeiteter Angebote aufgefordert.

Nach Prüfung der Angebote erfolgt der Zuschlag auf Grundlage der bekannt gemachten Zuschlagskriterien.

Die Verfahrensführung erfolgt elektronisch. Teilnahmeanträge (1. Verfahrensstufe) und Angebote (2. Verfahrensstufe) sind ausschließlich elektronisch einzureichen. Sämtliche Kommunikation wird elektronisch geführt.

Termine zur Besichtigung der örtlichen Gegebenheiten zwecks Erstellung der Konzeption/des Erstangebotes können innerhalb der Angebotsfrist (2. Verfahrensstufe) optional auf Anfrage vereinbart werden.

D. Teilnahmeunterlagen

Neben diesen Teilnahmebedingungen werden den Bewerbern folgende Unterlagen zur Verfügung gestellt:

Zum Verbleib beim Bieter:

- Aufforderung zur Abgabe eines Teilnahmeantrages
- Bewertungsmatrix (Auswahlkriterien Teilnahmestufe)
- Zuschlagskriterien
- Besondere Vertragsbedingungen des Landes Nordrhein-Westfalen zur Einhaltung des Tariftreue- und Vergabegesetzes Nordrhein-Westfalen (BVB-Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen)
- Vertragsentwurf für die Erbringung der Tragwerksplanungsleistungen

Mit dem Teilnahmeantrag sind folgende Unterlagen/Nachweise einzureichen:

- ausgefüllter Teilnahmeantrag (Formblatt)
- Eigenerklärung des Bewerbers, dass die Leistungen unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen erfolgen - § 73 Abs. 3 VgV (frei zu erstellen)
- Eigenerklärung Sanktionen Russland (Formblatt)
- Eigenerklärung des Bewerbers - Ausschlussgründe - §§ 123 und 124 GWB
- Bietergemeinschaftserklärung (Formblatt)
- Einsatz Nachunternehmer (Formblatt)
- Erklärung Nachunternehmer (Formblatt)

- Eignungsleihe (Formblatt)
- Verpflichtungserklärung Eignungsleihe (Formblatt)
- Umsatzzahlen (Formblatt)
- Erklärung eines Versicherungsunternehmens/Berufshaftpflichtversicherung
- Nachweis Berechtigung der Führung der Berufsbezeichnung - §§ 44, 75 VgV
- Handelsregistrauszug nicht älter als 6 Monate ab Bekanntmachung der Vergabe
- Referenzen
- Nachweis der Anerkennung des Fachplanungsbüros als Fachfirma für die Tragwerksplanung
- Staatliche Anerkennung als Sachverständige(r) für Schall- und Wärmeschutz
- Staatliche Anerkennung als Sachverständige(r) für die Prüfung der Standsicherheit

E. Verfahrensablauf des Teilnahmewettbewerbs

1. Anmeldung und Rückfragen

Auf Basis der Bekanntmachung können interessierte Bieter einen Teilnahmeantrag zur Teilnahme am Verhandlungsverfahren nach §§ 17, 74 VgV (Formblatt) erstellen. Auf der Vergabeplattform: <https://www.dtv.de> werden alle Bieterinformationen, Verfahrensangaben und Teilnahmebedingungen zur Verfügung gestellt, Bieteranfragen beantwortet und ggf. Änderungen und Konkretisierungen der Vergabeunterlagen mitgeteilt. Die Bewerber sind verpflichtet, sich durch regelmäßige Einsichtnahme auf der Plattform zu informieren. Informationen, die auf der Vergabeplattform bereitgestellt wurden, gelten am nächsten Werktag (außer Samstag) als zugegangen.

Die weiteren Verfahrensbedingungen ergeben sich aus den bereitgestellten Vergabeunterlagen. Die Inhalte der Vergabeunterlagen sind bei der Erstellung der Teilnahmeanträge zwingend zu berücksichtigen.

Sollten sich bei der Erstellung der Teilnahmeanträge Rückfragen ergeben, so sind diese unverzüglich ausschließlich elektronisch über das Vergabeportal <https://www.dtv.de>, dort über den Bereich Kommunikation zu dem o.g. Vergabeverfahren zu übermitteln. Hierzu ist eine kostenlose Registrierung des Unternehmens auf <https://www.dtv.de/Center/company/registration> erforderlich. Fragen sind in deutscher Sprache zu formulieren. Die Antworten auf dem Auftraggeber gestellte Fragen werden allen interessierten Unternehmen in anonymisierter Form über den Bereich Kommunikation zugänglich gemacht. Etwaige Korrekturfassungen der Vergabeunterlagen werden ausschließlich auf dem o.g. Portal, dort im Bereich „Vergabeunterlagen“ zu dem o.g. Vergabeverfahren, zur Verfügung gestellt. Die interessierten Unternehmen haben sich regelmäßig zu informieren.

Telefonische Auskünfte werden **nicht** erteilt.

Rückfragen im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs sind möglichst zu stellen bis zum

20.11.2026

2. Bewerbungsfrist

Der **Teilnahmeantrag** entsprechend der unter D. genannten Anforderungen ist bis spätestens zum

27.11.2026, 10:00 Uhr

elektronisch und in deutscher Sprache über das Vergabeportal <https://www.dtpv.de>, dort über den Bereich „Teilnahmeanträge“ zu dem o.g. Vergabeverfahren durch Nutzung des sog. Bietertools, einzureichen. Hierzu ist die kostenlose Registrierung Ihres Unternehmens auf <https://www.dtpv.de> erforderlich.

Bewerbungen, welche die gem. diesen Verdingungsunterlagen genannten Anforderungen nicht erfüllen, können von der Wertung ausgeschlossen werden.

Es sind nur die geforderten Unterlagen einzureichen. Darüber hinaus gehende oder abweichend eingereichte Unterlagen werden bei der Wertung nicht berücksichtigt.

3. Aufteilung in Lose

Eine Aufteilung der ausgeschriebenen Tragwerksleistungen in weitere Lose ist **nicht** vorgesehen.

4. Nebenangebote

Nebenangebote sind **nicht** zugelassen.

5. Zurückziehen des Teilnahmeantrags

Über das genannte Vergabeportal, dort über den Bereich „Teilnahmeanträge“ zu dem o.g. Vergabeverfahren, können Sie den Teilnahmeantrag über das Aktionselement „zurückziehen“ bis zum Ablauf der Teilnahmefrist zurückziehen.

Eine umfassende Anleitung zur Verwendung des Vergabeportals zur elektronischen Abgabe von Unterlagen finden Sie auf den Support-Seiten der Firma Cosinex unter folgendem Link: <https://support.cosinex.de/unternehmen>

6. Prüfung der Teilnahmeanträge

Alle fristgerecht eingegangenen Teilnahmeanträge wird der Auftraggeber formell und materiell prüfen. Insbesondere wird er prüfen, ob die Bewerber die für diesen Auftrag notwendige Eignung, wirtschaftliche, technische und berufliche Leistungsfähigkeit besitzen.

Der Auftraggeber beabsichtigt, 3 Bewerber / Bewerbergemeinschaften, zur Abgabe eines Erstangebotes auf der Grundlage der Vergabeunterlagen aufzufordern. Sofern mehr als 3 wertungsfähige

Teilnahmeanträge von geeigneten Bewerbern / Bewerbungsgemeinschaften vorliegen, wird der Auftraggeber eine differenzierende Eignungsprüfung gemäß der beigefügten Bewertungsmatrix vornehmen und die 3 Bewerber / Bewerbungsgemeinschaften zur Angebotsabgabe auffordern, die die höchste Punktzahl erreicht haben. Im Falle von Punktgleichheit entscheidet das Los.

Die aufgeforderten Bieter geben auf der Grundlage der Vergabeunterlagen ein verbindliches Erstangebot sowie ein objektbezogenes Konzept zur Umsetzung des Planungsvorhabens ab. Nach Auswertung der Erstangebote erhalten die Bieter die Möglichkeit, in einem Verhandlungstermin ihr Angebot zu präsentieren und über die Vergabeunterlagen zu verhandeln. Anschließend werden alle Bieter aufgefordert, ein überarbeitetes, finales Angebot zu unterbreiten. Auf das wirtschaftlichste Angebot wird der Zuschlag erteilt. Die Angebote und das Konzept sind elektronisch einzureichen.

Nach den derzeitigen Planungen sollen die Bewerber am

03.12.2026

zur Abgabe eines **Erstangebotes** aufgefordert werden. Die Aufforderung erfolgt elektronisch über das Vergabeportal <https://www.dtv.de>.

Die Abgabe der **Erstangebote** ist für den **04.01.2027, 10:00 Uhr** vorgesehen.

Die Durchführung der **Verhandlungsgespräche/Livepräsentationen** ist für den

11.01.2027

vorgesehen. Der Auftraggeber behält sich vor, aus sachlich gerechtfertigten Gründen von diesem Zeitplan abzuweichen. In diesem Fall werden den Bewerbern rechtzeitig die neuen Fristen mitgeteilt.

Diejenigen Bewerber, die nicht zur Abgabe eines Erstangebotes aufgefordert werden, werden über diese Entscheidung in Textform unterrichtet.

F. Erstellung des Teilnahmeantrages

1. Allgemeine Hinweise

Die vorgegebenen Musterformulare dienen der Herstellung größtmöglicher Vergleichbarkeit der eingereichten Teilnahmeanträge.

Musterformulare können je nach Bedarf dupliziert werden. Sollten im Einzelfall weitere Zeilen oder Tabellen erforderlich sein, dürfen diese ergänzt werden. Im Übrigen wird darum gebeten, die Formblätter nicht weiter zu verändern.

Es ist zu beachten, dass die Musterformulare nicht sämtliche Angaben abdecken, die nach der Bekanntmachung gefordert sind. Für Angaben, für die nachfolgend kein Musterformular enthalten ist, kann der Bewerber eigene Muster verwenden.

Im Rahmen der Teilnahmeanträge steht es jedem Teilnehmer frei, in welcher Bewerberkonstellation (Einzelbewerber, mit oder ohne Nachunternehmer, Bewerber- bzw. Bietergemeinschaft, etc.) er sich

beteiligen möchte. Für die jeweiligen Bewerberkonstellationen sind die jeweils gesondert aufgeführten Bedingungen zu beachten.

Die unter D. genannten Angaben müssen jedem Teilnahmeantrag beigelegt werden. Für die Erstellung des Teilnahmeantrags sind von den interessierten Unternehmen zu der Bekanntmachung die nachfolgenden Regelungen zu beachten.

2. Aufbau des Teilnahmeantrags

Interessierte Teilnehmer, die sich an dem Verfahren beteiligen möchten, haben die nachfolgenden Nachweise und Erklärungen vorzulegen:

1) Teilnahmeantrag (Formblatt Teilnahmeantrag)

2) Dem Teilnahmeantrag beizufügen ist eine

- a) Eigenerklärung des Bewerbers, dass die Leistungen unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen erfolgen - § 73 Abs. 3 VgV (keine Formvorlage, frei zu erstellen)
- b) Eigenerklärung des Bewerbers zur wirtschaftlichen Verknüpfung - § 124 Nr. 5 GWB (keine Formvorlage, frei zu erstellen)
- c) Eigenerklärung des Bewerbers - §§ 123 und 124 GWB Bei Bietergemeinschaften ist die Erklärung von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft zu erbringen. Bei einer Bewerbung mit Nachunternehmer/n ist die Erklärung von allen Nachunternehmern zu erbringen.
- d) Bescheinigung der Berufshaftpflicht - § 45 VgV. Erklärung eines Versicherungsunternehmens, dass mit dem Bewerber im Auftragsfall eine Berufshaftpflichtversicherung über mindestens 3,0 Mio. Euro für Personenschäden und 3,0 Mio Euro für sonstige Schäden abgeschlossen wird oder eine solche Versicherung bereits ständig abgeschlossen ist.
- e) Nachweis Berechtigung der Führung der Berufsbezeichnung - §§ 44, 75 VgV
- f) Eigenerklärung Sanktionen Russland (Formblatt)
- g) Handelsregistrauszug nicht älter als 6 Monate ab Bekanntmachung der Vergabe
- h) Referenzen
- i) Anerkennung des Fachplanungsbüros als Fachfirma für die Tragwerksplanung
- j) Staatliche Anerkennung als Sachverständige(r) für Schall- und Wärmeschutz
- k) Staatliche Anerkennung als Sachverständige(r) für die Prüfung der Standsicherheit

Als vorläufiger Beleg der Eignung und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen wird die Vorlage einer Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (EEE) nach § 50 VgV akzeptiert.

Im Falle der Vorlage einer EEE haben Bewerbergemeinschaften für alle Mitglieder eine separate EEE abzugeben. Von Nachunternehmern und Unternehmen, deren Kapazitäten sich der Bewerber bedienen will (Eignungsleihe), ist ebenfalls eine separate EEE einzureichen.

Weitere Dokumente:

- Im Falle des Zusammenschlusses zu einer Bietergemeinschaft ist die Einreichung einer Bietergemeinschaftserklärung erforderlich (Formblatt Bietergemeinschaftserklärung).
- Bei Bewerbergemeinschaften sind die geforderten Erklärungen und Nachweise von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft zu erbringen.
- Im Falle der Bewerbung als Beratungsbüro mit Nachunternehmer/n sind alle Nachunternehmer namentlich mit Kontaktdaten anzugeben sowie weiterhin anzugeben, welche Leistungsteile von welchem Nachunternehmer erbracht werden. (Formblatt Nachunternehmer).
- Bei einer Bewerbung als Beratungsbüro mit Nachunternehmer/n sind die geforderten Erklärungen und Nachweise von allen Nachunternehmern zu erbringen.
- Die ausgefüllte und vom Nachunternehmer unterschriebene „Nachunternehmererklärung“ ist nur dann dem Teilnahmeantrag beizufügen, wenn sich der Bewerber/Bietergemeinschaft auf die Fachkunde (Referenzen) dieses Nachunternehmers beruft.
- Im Fall der Eignungsleihe ist das Formblatt „Eignungsleihe“ einzureichen.
- Im Fall der Eignungsleihe hat das eignungsverleihende Unternehmen die „Verpflichtungserklärung Eignungsleihe“ abzugeben sowie die einschlägigen Eignungsnachweise vorzulegen.

3) Angaben zur wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit

- a) Das ausgefüllte Formblatt „Umsatzzahlen“. Nachweis des Gesamtumsatzes der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre (2023 – 2025) sowie über den Umsatzteil, der innerhalb dieses Zeitraums mit der ausgeschriebenen Leistung vergleichbaren Leistungen erzielt wurde, beides in Euro brutto. Im Fall der Beteiligung als Bietergemeinschaft ist für jedes Mitglied ein ausgefülltes Formblatt vorzulegen.
- b) Erklärung eines Versicherungsunternehmens, dass mit dem Bewerber im Auftragsfall eine Berufshaftpflichtversicherung über mindestens 3,0 Mio. Euro für Personenschäden und 3,0 Mio. Euro für sonstige Schäden abgeschlossen wird oder eine solche Versicherung bereits ständig abgeschlossen ist. Im Fall der Beteiligung als Bietergemeinschaft ist für jedes Mitglied ein entsprechender Nachweis vorzulegen.
- c) Jeder Bewerber hat einen aktuellen Auszug aus dem Berufs- oder Handelsregister mit dem Teilnahmeantrag einzureichen, der nicht älter als 6 Monate ab dem Tag der Veröffentlichung der Bekanntmachung ist. Im Fall der Beteiligung als Bietergemeinschaft hat jedes Mitglied der Bietergemeinschaft einen Berufs- oder Handelsregistrauszug

vorzulegen. Ebenso ist ein Handelsregisterauszug von jedem Nachunternehmer abzugeben, auf dessen Referenzen sich der Bewerber bzw. die Bewerbungsgemeinschaft beruft.

4) Angaben zur technischen Leistungsfähigkeit

- a) Erklärung über die Befähigungen des bzw. der für die Erbringung der Leistung verantwortlichen Projektleiters/in. Angaben zu Projektleitung mit Nachweis der Qualifikation: Nachweis Eintragung berufsständische Kammer oder Diplomurkunde (oder vergleichbar), Lebenslauf, je nach Planungsaufgabe ggf. mit persönlichen Referenzprojekten, sehr gute Deutschkenntnisse (fließend in Wort und Schrift; mindestens entsprechend CEFR Stufe C1).
 - b) Angaben zur stellvertretenden Projektleitung mit Nachweis der Qualifikation: Nachweis Eintragung berufsständische Kammer oder Diplomurkunde (oder vergleichbar), Lebenslauf, je nach Planungsaufgabe ggf. mit persönlichen Referenzprojekten, sehr gute Deutschkenntnisse (fließend in Wort und Schrift; mindestens entsprechend CEFR Stufe C1).
- Projektleitung: mindestens 10 Jahre Berufserfahrung
 - Stellvertretende Projektleitung: mindestens 5 Jahre Berufserfahrung
 - PL und stellvertretende PL: nachgewiesene Erfahrung in der Fachplanung der Tragwerksplanung (fachspezifische Qualifikation und persönliche Referenzen)

5) Angaben zur technischen Leistungsfähigkeit - Referenzen

Auswahl-Kriterium (zwingend)

Es sind mindestens 4 Referenzen mit den nachstehenden in a. bis c. genannten Mindestanforderungen vorzulegen. Die Vorlage von mehr als 4 Referenzen ist zugelassen. Die jeweils 4 für den Teilnehmer günstigsten Referenzen fließen in die Wertung ein. Die Vorlage von weniger als 4 Referenzen, die die Anforderungen nach a. bis c. erfüllen, führt zum Ausschluss des Teilnahmeantrages.

- a. Mindestens zwei Referenzen (R1 und R2) müssen Planungs- oder Beratungsleistungen zu Neubauten aus dem Bereich Krankenhausbau oder Hochbau umfassen (Bearbeitungsumfang: Leistungsphasen 3 bis 6)
- b. Mindestens zwei Referenzen (R3 und R4) müssen Planungs-, Beratungs- oder Prüfungsleistungen zu Umbauten aus dem Bereich Krankenhausbau umfassen.
- c. Alle Referenzen müssen abgeschlossene Baumaßnahmen (Fertigstellung LPH 6, Vorlage einer Bauherrenerklärung ausreichend) der letzten 5 Jahre betreffen. Zeitraum

gerechnet ab dem Tag der Frist zur Abgabe der Teilnahmeanträge.

Referenzen, die die Voraussetzungen der vorstehenden Nr. 2 a. - c. erfüllen, werden nach den folgenden Kriterien bewertet:

	max. Punkte je Referenz			
	R1	R2	R3	R4
a. Anbindung an Bestandsbau	5	5	0	0
b. Ausführung bei laufendem Betrieb des Bestandsbaus	5	5	5	5
c. Ausführung der Leistungsphasen 1-6, § 51 HOAI	5	5	5	5
d. Ausführung mindestens Honorarzone III	5	5	5	5
e. Baukosten KG 300 + 400 mind. 5 Mio EUR netto	5	5	5	5

Summe Punktzahl je Referenz R1 und R2: 25

Summe Punktzahl je Referenz R3 und R4: 20

Maximale Punktzahl über 4 Referenzen: 90

Die Kriterien werden wie folgt je vorgelegter Referenz bewertet:

Kriterium erfüllt	=	volle Punktzahl (5 Punkte)
Kriterium nicht oder nicht voll erfüllt	=	keine Punkte (0 Punkte)

Im Falle der Teilnahme einer Bietergemeinschaft sind die Referenzanforderungen erfüllt, sofern ein Mitglied oder die Mitglieder der Bietergemeinschaft in Summe über die geforderten Referenzprojekte verfügt.

Für die Wertungsfähigkeit der Referenzen müssen jeweils folgende Unterangaben vorhanden sein:

- Auftraggeber (Adresse, Ansprechpartner, Telefonnummer, E-Mail)
- Kurze Beschreibung des Projekts
- Projektzeitraum
- Angabe der in dem Projekt erbrachten Leistungen der Objektplanung

- Kosten der KG 300 + 400

Die Referenzen müssen darüber hinaus mindestens Angaben enthalten, ob sie als Hauptunternehmer, Bietergemeinschaft oder Nachunternehmer erbracht worden sind.

Die Referenzen dienen neben den Ausschlusskriterien als Auswahlkriterien zur Reduzierung der Bewerberzahl auf 3 Bewerber, die zur Abgabe eines Erstangebotes aufgefordert werden.

Der Bewerber kann über 4 Referenzen maximal 90 Punkte erreichen. Bei Gleichstand entscheidet das Los.

Die **Bewertungsmatrix** wird als Dokument „Bewertungsmatrix“ zum Download bereitgestellt.

Ein Hinweis auf eine etwaige Präqualifizierung eines Bieters / Mitglied einer Bietergemeinschaft / Nachunternehmer kann die Vorlage der gemäß D. dieser Teilnahmebedingungen geforderten Nachweise, Erklärungen und Referenzen nur insoweit ersetzen, soweit sich diese decken.

G. Verhandlungsgespräche

Die aufgeforderten Bieter geben auf der Grundlage der Vergabeunterlagen ein Erstangebot ab. Nach Auswertung der Erstangebote erhalten die Bieter die Möglichkeit, in einem Verhandlungstermin ihr Angebot zu präsentieren und über die Vergabeunterlagen zu verhandeln. Anschließend werden alle Bieter aufgefordert, ein überarbeitetes, finales Angebot zu unterbreiten. Auf das wirtschaftlichste Angebot wird der Zuschlag erteilt.

Der Bieter hat mit dem Erstangebot ein objektbezogenes Konzept (max. 10 Seiten) einzureichen, in dem er im Schwerpunkt nachfolgende Punkte darlegt und diese im Verhandlungsgespräch präsentiert.

Grundlage der Zuschlagswertung (a. – c., Gesamtwertungsanteil 60 %) ist die im Verhandlungstermin gehaltene Livepräsentation.

Konzeption einer Tragwerksplanung
der nachfolgenden a. – c.

a. Projektorganisation

Bürovorstellung, Projektteam, Projektorganisation
Vertretungsregelung, Verfügbarkeit vor Ort, Erreichbarkeit,
Kommunikationswege, Protokollierung/Dokumentation,
Informationsaustausch, DAD- u. AVA-Programme,
Einstieg in das Projekt, Qualitätssicherung

b. Herangehensweise

Umgang mit der Aufgabe und Herangehensweise an das Projekt,

Darstellung eines Projektablaufs einer beispielhaften vergleichbaren Leistungsbeschreibung,
Vorstellung von Methoden zur Erreichung besonders wirtschaftlicher Lösungen,
Vorstellung von Methoden zur Erreichung nachhaltiger Lösungen

c. **Termine und Kosten**

Methoden zur Einhaltung vorgegebener Termine,
Angaben zum geschätzten Zeitbedarf,
Methoden zur Erreichung einer Kostensicherheit,
Methoden der Termin und Kostenverfolgung

d. **Honorar**

40%

0,00 – 5,00 Punkte

H. Zuschlagskriterien / Angebotsbewertung

Der Zuschlag erfolgt auf das wirtschaftlichste Angebot nach Maßgabe der festgelegten Zuschlagskriterien. Die Zuschlagskriterien werden als Dokument „**Zuschlagskriterien**“ zum Download bereitgestellt.

I. Vordrucke

Für diejenigen einzureichenden Nachweise, Erklärungen und Angaben, für die ein Vordruck zur Verfügung gestellt worden ist, sind diese Vordrucke von den interessierten Unternehmen zu verwenden.

Die Unterlagen des Teilnahmeantrags sind insgesamt in deutscher Sprache einzureichen. Ausländische Bewerber müssen den einzureichenden Nachweisen, Angaben und Erklärungen ggf. Übersetzungen beifügen.

J. Nachforderung

Der Auftraggeber behält sich vor, fehlende Angaben, Erklärungen und Nachweise nachzufordern. Sofern der Bewerber dieser Aufforderung nicht oder nicht fristgerecht nachkommt, führt dies zum Ausschluss aus dem Teilnahmewettbewerb.

K. Abgabe des Teilnahmeantrags

Der Teilnahmeantrag entsprechend der unter D. genannten Anforderungen ist bis spätestens zum

27.11.2026, 10:00 Uhr

elektronisch und in deutscher Sprache über das Vergabeportal <https://www.dtpv.de>, dort über den Bereich „Teilnahmeanträge“ zu dem o.g. Vergabeverfahren durch Nutzung des sog. Bietertools,

einzureichen. Hierzu ist die kostenlose Registrierung Ihres Unternehmens auf <https://www.dtv.de> erforderlich.

L. Aufwandsentschädigung

Die den Bewerbern entstandenen Kosten für die Erstellung der Teilnahmeanträge oder sonstige mit der Erstellung verbundene Aufwendungen werden von dem Auftraggeber nicht erstattet.

M. Verfahrensänderungen

Der Auftraggeber behält sich vor, bei Vorliegen wichtiger Gründe den Ablauf des Verfahrens zu jedem Zeitpunkt zu ändern oder zu beenden. Über etwaige Änderungen oder eine Beendigung wird der Auftraggeber alle Interessenten zeitgleich durch einfache Mitteilung informieren. Bei der Entscheidung über Änderungen wird der Auftraggeber die allgemeinen vergaberechtlichen Grundsätze Wettbewerb, Gleichbehandlung und Transparenz beachten.

N. Sprache

Sämtlich, dass Vergabeverfahren betreffende Unterlagen sind in deutscher Sprache abzufassen. Einem Schriftstück, das in einer anderen Sprache eingereicht wird, ist eine beglaubigte oder von einem öffentlich bestellten oder beeidigten Übersetzer oder Dolmetscher angefertigte Übersetzung beizufügen.

O. Rügepflicht

Das Vergabeverfahren unterliegt den Vorschriften über das Nachprüfungsverfahren vor den Vergabekammern (§ 155 GWB).

Gemäß § 160 Absatz 3 Satz 1 GWB ist ein Nachprüfungsantrag unzulässig, soweit:

- 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrages erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 GWB bleibt unberührt.*
- 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,*
- 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist der Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,*
- 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.*

P. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs- /Nachprüfungsverfahren

Zuständige Stelle für die Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen Vergabebestimmungen ist die:

Vergabekammer des Bundes	Telefon:	+49(228)94990
Bundeskanzlerplatz 2-10	Fax:	+49(228)9499163
53113 Bonn	Mail:	vk@bundeskartellamt.bund.de
